

Unsere Steuerpolitik und die Gewerbetreibenden.

Wien, 25. Januar.

In Ausführung des Beschlusses, der am Mittwoch in der Versammlung der Steuerhelfer gefaßt wurde, daß alle Wiener Geschäftsleute mit Ausnahme der Lebensmittelhändler und der Leinwandhandlungen Montag den 27. d. als Kundgebung gegen die derzeitige Willkür in Steuerfragen ihre Betriebe schließen sollen, hat das vorbereitende Komitee, dem die Vorstände der meisten Wiener kaufmännischen Organisationen und gewerblichen Genossenschaften angehören, den folgenden Aufruf erlassen:

Gewerbetreibende, Industrielle und Kaufleute! Haltet eure Betriebe am Montag den 27. d. geschlossen und erscheint vollzählig an diesem Tage, um 10 Uhr vormittags vor dem Rathaus! Es gilt den Kram unserer Stände durch eine gerechte Steuerpraxis abzuwenden! Unsere Forderungen müssen mit machtvoller Nachdruck als unser einmütiger fester Wille der Regierung und der Gesetzgebung kundgegeben werden! Wir wollen friedlich demonstrieren, aber unter keinen Umständen von unseren Forderungen ablassen! Eine der mächtigsten Stützen des Staates sind Gewerbe, Industrie und Handel; diese Stützen müssen erhalten bleiben, soll der Staat selbst nicht zugrunde gehen!

Von dem Rathaus erfolgt der Zug zum Parlament. Hier wird sich eine aus allen Körperschaften gebildete Abordnung unter Führung des Nationalrates Max Friedmann zum Staatsrat begeben, um die Forderungen der Steuerträger vorzubringen.

Protestversammlung des Wirtschaftsverbandes der Bekleidungsindustrie und deren Industrien.

Der Verband veranstaltete kürzlich im Festsaal des Gewerbevereines unter Vorsitz des Präsidenten Direktor Eduard Heindl eine Vollversammlung, bei welcher Staatsrat Max Friedmann einen Vortrag über die enormen Lasten hielt, die Handel, Gewerbe und Industrie durch die letzten Steuererhöhungen zu tragen haben, und über die weiteren Lasten, die durch die in Vorbereitung befindlichen Gesetze noch zu erwarten sind. Die Mitteilungen lösten unter den sehr zahlreich erschienenen Zuhörern den übereinstimmenden Eindruck aus, daß gegen dieses System der Steuererhöhung energische Schritte eingeleitet werden müssen, da die ungleiche Verteilung der Lasten — Handel und Industrie sind wieder überbürdet, während die Landwirtschaft ihre Vorzugstellung behauptet — nicht ruhig hingenommen werden kann. Hieran sprach Herr Karl Decker über die kommenden Wahlen. Er führte die Wünsche aus, welche die Mitglieder des Wirtschaftsverbandes den zu Wählenden gegenüber zum Ausdruck bringen möchten und stellte sich schließlich auf den allgemeinen geschäftlichen Standpunkt, daß dem Wirtschaftsverbandes ohne Rücksicht auf die Stellung der Partei der betreffenden Kandidaten in erster Reihe diejenigen Kandidaten vorzuziehen seien, die dem Gewerbe- und Handelsstand nachstehen und deren Programm hauptsächlich auf der wirtschaftlichen Entwicklung Deutschösterreichs beruht. Auf mehrfachen Wunsch wurde dann eine Diskussion über die Zentralen und die Sachdemobilisierung eingeleitet. Es sprachen noch die Herren Max Berner, Vorsitzender Heinrich Kurz, Fabransky und Salzer, worauf Herr Bernhart die Annahme einer Resolution vorschlug, die folgende Beschlüsse enthält: 1. Die Liquidierung der Warenzentrale und der Landesvolksbekleidungsstelle hat von einer Sachkommission unter Mitwirkung von Vertrauensmännern aus dem Stande von Gewerbe, Industrie und Handel sofort verfügt zu werden. 2. Sämtliche Bestände an Waren, die sich noch in zentraler Bewirtschaftung befinden, inklusive der Lagerbestände der Landesvolksbekleidungsstellen, sind von der Sachkommission zu überprüfen und nach Entscheidung dieser Sachkommission ist ein erheblicher Teil der Warenbestände dem freien Verkehr zuzuteilen. Die Erfüllung dieser Forderung ist unerlässlich, da die Arbeitslosigkeit in erschreckendem Maße zunimmt. Sollte die Erfüllung der Forderung aus irgendeinem Grunde verweigert werden, sind die Mitglieder des Wirtschaftsverbandes entschlossen, demnächst ihre Geschäfte nicht mehr aufzusperren, die Gewerbe abzumelden und alle ihre Angestellten zu entlassen. Die Resolution wurde einstimmig angenommen, worauf die Versammlung unter großer Erregung geschlossen wurde.

Die gestrige Rede des Staatssekretärs Dr. Steinwender.

In der gestrigen Rede des Staatssekretärs der Finanzen Dr. Steinwender werden wir um die Aufnahme folgender Ergänzung ersucht:

Was den einen Selbstmordfall anbelangt, den Staatssekretär Steinwender gestern besprochen hat, so bedarf es auf Grund des uns vorliegenden Berichtes der Aufsichtsbehörde eines Zusatzes zu dem, was der Staatssekretär gesagt hat. Er hat nur in runder Fäßer die Differenz im Einkommenssatz von festem und beweglichem Einkommen des betreffenden Jahres genannt. Diese Differenz bedeutet aber nicht die ganze effektive Steuerdifferenz, da ja noch die entsprechende Differenz im Kriegszuschlag und in der Kriegsteuer hinzukommt. Aber auch dann gilt, was der Staatssekretär gesagt hat, daß nämlich bei der aus den eigenen Passionen zu entnehmenden Vermögens- und Einkommenslage des Steuerpflichtigen vernünftigerweise nicht wohl angenommen werden kann, daß der bedauerliche Selbstmord wegen dieser Steuerdifferenz Selbstmord verübt haben kann. Da müssen wohl andere Motive oder Krankheit entscheidend gewesen sein.

Ingenieur Dr. L. M. Blajel schreibt uns: Der Staatssekretär für Finanzen hat in seiner Polemik gegen den Steuerterror festgehalten: „Das Gesetz ist in großer Eile gearbeitet und da sind Fehler passiert.“ Eben über diese Fehler sind die Steuerträger empört, denn sie müssen die Folgen einer überhasteten Gesetzgebung tragen. Auch die jetzt erfolgte Stundung der Steuerzahlungen hätte früher beschlossen werden können, dann wäre eine weitere unnötige Beunruhigung der Steuerträger vermieden worden.

Auf das entschiedenste muß man sich noch gegen folgende Bemerkungen des Staatssekretärs wenden: Wenn man sieht, daß so große und reiche Leute wie die Fleischhauer, Geflügelhändler, Zudeckbäcker, die Börsenbesucher, die Steuern nicht zahlen wollen, so können sie sich denken, welche Stimmung sich daraus entwickelt.“ An der Hand einer Statistik könnte festgestellt werden, daß die Mehrzahl dieser Gewerbetreibenden keine großen Leute, sondern sehr kleine Leute sind, die sich mühselig während der Kriegszeit durchgebracht haben. Alle diese Leute wollen die Steuern bezahlen, aber nicht das Zwei- und Dreifache ihres Umlages, sie verlangen, daß man sie nicht im Voraus als Betrüger hinstelle. Dieser unrichtige Hinweis auf die großen Leute und das Hervorheben der Lebensmittelgewerbe sowie des eventuellen Bolschewismus sind Drohungen, die von der Kaufmannschaft nicht energisch genug zurückgewiesen werden können. Die Behauptung, daß unter den Steuerveranlagungen seit Beginn des Jahres nur 600 Fälle Einkommen unter 50.000 K. betroffen, scheint auf einer unrichtigen Information zu beruhen, denn ich könnte tausende Namen zur Verfügung stellen, von denen die allerwenigsten Fleischhauer, Geflügelhändler, Zudeckbäcker oder Börsenbesucher sind. Gegen die Willkür bei den Bemessungen und nicht gegen das Steuern zahlen richtet sich die Bewegung.